



Diplom-Ingenieur (FH)
ROY BERGDOLL
Brandamtsrat

BRANDSchutz-Fachredakteur
Katastrophenschutz
Ilvesheim

Katastrophenschutz auf dem Prüfstand

Die Schlagzeilen in den Medien waren am 4. August 2020 ob der Explosion am Hafen in Beirut erschreckend und zeigten mehr als deutlich, was sich in der libanesischen Hauptstadt ereignet hatte. Mit dem Stichwort »Ammoniumnitrat« kam vielen unmittelbar das Explosionsunglück vom 21. September 1921 bei der BASF Ludwigshafen in den Sinn. Unter dem Eindruck der Bilder von Beirut und beim Gedanken an 1921 fängt man unweigerlich an, im Internet nach weiteren Informationen zu suchen und wird dabei auch auf Seiten verwiesen, die anführen, wo und wann sich ähnlich schwere Explosionsunglücke ereignet haben. Irgendwann beschäftigt man sich dann ebenso mit der Frage, ob so etwas auch bei uns passieren kann. »Nein!« wird unisono die erste Antwort lauten; hierzu seien die in Deutschland geltenden Vorschriften zu dezidiert – so etwas kann eigentlich unter »normalen« Umständen nicht passieren. Doch es gibt auch »unnormale« Umstände. Vor allem Terroranschläge, das Nichteinhalten von Vorschriften und die oft zitierte Verkettung unglücklicher Umstände lassen eine gewisse Eintreffwahrscheinlichkeit zu. Somit müsste die Antwort vielmehr »Ja!« lauten. Damit unabwendbar verbunden stellt sich die Frage, ob wir auf derartige Lagen vorbereitet sind.

Wie sollen wir in Deutschland solch eine Lage meistern können? Schadenlagen mit einem Massenansturm von Verletzten und Betroffenen in zweistelliger Höhe bekommen wir in der Regel in den Griff, aber auch nur dann, wenn im Vorfeld kreis- und landesweite Konzepte erarbeitet wurden, die dann auch konsequent umgesetzt werden. Sobald sich aber die Anzahl an Betroffenen und Verletzten dem dreistelligen Bereich nähert oder gar überschreitet, kommen auch unsere Systeme an ihre Leistungsgrenzen. Die Fähigkeit der anfänglichen Selbsthilfe der Bevölkerung ist dann entscheidend, um die Lage zielgerichtet abarbeiten zu können. Dies funktioniert dann, wenn die Bevölkerung zeitnah informiert oder gewarnt wird. Hier muss ein geeignetes Informationssystem greifen, welches die notwendigen Gefahrenhinweise und Handlungsanweisungen vermittelt.

Wir haben mit MoWaS und NINA, Katwarn und teilweise auch mit Sirenen solch ein Informationssystem, das beim bundesweiten Warntag am 10. September 2020 einem »Stresstest« unterzogen wurde. Dass der Test gründlich schief ging, wurde in den Medien ausführlich berichtet. Wenn aber schon bei einer vorgeplanten Übung die Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kreisen nicht funktioniert, wie soll es dann mit der Gefahrenabwehr bei einem Großschadenereignis gehen?

Zu erwartende Schadenereignisse mit einer Vielzahl an Toten und Verletzten müssen, unabhängig von der Ursache, in ereignisbezogenen Einsatzplänen über Kreis- und Landesgrenzen hinweg erarbeitet und abgestimmt werden. Eine bundesweit einheitliche Abstimmung wäre noch zielführender, dann gäbe es definierte Einsatzpläne, welche bei jedem großen Schadenereignis angewandt werden können.

Es bedarf also noch viel Arbeit im bundesweiten Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, damit wir Großschadenlagen – auch weit unterhalb der Größe der Explosionsausmaße in Beirut – sicher und zielgerichtet bewältigen können.